

STIFTUNG SÄCHSISCHE GEDENKSTÄTTEN

Wut und Willkür

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten soll im Staatsauftrag an die Opfer der Diktaturen erinnern – sowie die Sachsen politisch bilden. Doch sie scheitert an beidem: Auch weil ihr Geschäftsführer etliche Mitarbeiter gegen sich aufgebracht hat.

VON Michael Kraske | 11. Februar 2016 - 11:41 Uhr

© Matthias Hiekel/dpa

Ein Besucher in der Gedenkstätte Münchner Platz, Dresden (Archiv)

Cornelia Liebold hat lange durchgehalten. Jeden Tag, so berichtet sie es, sei sie zuletzt mit einem mulmigen Gefühl in die Gedenkstätte Bautzen gefahren. Insgesamt 19 Jahre lang betreute sie hier als wissenschaftliche Mitarbeiterin Zeitzeugen, bereitete Ausstellungen vor, arbeitete viel.

Aber das Gefühl, das immer mehr dominierte, sei Angst gewesen. Angst, ins Büro zu gehen. "Es macht mich immer noch fassungslos, was ich in der Stiftung erlebt habe", sagt sie. In ihrem Job sei es darum gegangen, Lehren aus der Diktatur zu vermitteln. "Stattdessen", sagt Liebold, 47, Historikerin, "habe ich selbst erfahren, wie sich diktatorische Machtausübung anfühlt."

Diktatorische Machtausübung: Das zielt auf den Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die die Gedenkstätte Bautzen betreut. [Siegfried Reiprich](#), einst DDR-Bürgerrechtler und Gründungsmitglied des oppositionellen Arbeitskreises Literatur und Lyrik in Jena, leitet die Stiftung seit 2009. Den Führungsstil von Reiprich, sagt Liebold, habe sie als "autokratisch bis totalitär" empfunden. Nichts habe man selbstständig entscheiden können: "Jedes Detail musste man sich genehmigen lassen, jeden Kontakt zu anderen Einrichtungen oder gar Medien und Landtagsabgeordneten melden. Stellt man in der laufenden Arbeit sachliche Fragen, erhält man oftmals belehrende, anmaßende und beleidigende Antworten." Ständig sei mit disziplinarischen Maßnahmen gedroht worden. "Der Umgang der Geschäftsführung mit uns Mitarbeitern wirkte auf mich regelrecht wie Zersetzung", sagt Liebold. "Das war zermürend und frustrierend."

Vor einem halben Jahr kündigte sie. Sie habe keine Hoffnung mehr gehabt, dass sich an den "katastrophalen Arbeitsbedingungen" etwas ändere, sagt Liebold. Mittlerweile ist sie nach Unterfranken gezogen, wo sie als Vormund für minderjährige Flüchtlinge arbeitet. Mit ihrer Zeit in Bautzen will sie abschließen. Darüber zu reden, wühle sie auf.

Aber man muss über diese Sache reden, denn die Stiftung – 1994 vom Freistaat Sachsen ins Leben gerufen, um Erinnerungsorte an zwei deutsche Diktaturen lebendig zu halten, und jährlich mit mehreren Millionen Euro finanziert – diese Stiftung gerät immer mehr ins Gerede. Seit Langem schwelen Auseinandersetzungen zwischen Geschäftsführer Reiprich und Mitarbeitern verschiedener Gedenkstätten in seinem Zuständigkeitsbereich. Bereits

vor zwei Jahren stellte der Personalrat in seinem Tätigkeitsbericht eine "Eskalation" fest und sah den "Betriebsfrieden massiv gestört". Persönliche Herabsetzungen einzelner Beschäftigter gehörten "unglücklicherweise zum alltäglichen Umgang".

Vordergründig geht es um die Frage, wie eine Stiftung geführt wird, die helfen soll, Lehren aus den beiden deutschen Diktaturen zu ziehen.

Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT-im-Osten Ausgabe Nr. 7 vom 11.2.2016.

Tatsächlich geht es um noch mehr: um die Frage, wer die Deutungshoheit in Sachsen haben soll darüber, wie Geschichte gesehen wird in einer Region, die zwischen 1933 und 1989 zwei Diktaturen hintereinander erlebte. Und in der politisch-historische Bildung, in Zeiten wie diesen, eigentlich einen besonderen Stellenwert haben sollte. Immer wieder beschäftigen Stiftungsangelegenheiten in letzter Zeit die Gerichte. Mal scheitert Reiprich damit, die Wahl des Personalrats für unrechtmäßig zu erklären. Mal verklagt der Personalrat die Stiftung, weil er sein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Kündigungen durch den Geschäftsführer verletzt sieht. Soeben gab das Arbeitsgericht Dresden erstinstanzlich einer langjährigen Mitarbeiterin recht, die gegen ihre Kündigung geklagt hatte – sie muss wieder eingestellt werden. Der Personalratsvorsitzende der Stiftung, Jens Nagel, wagt nicht, in der Zeitung über die Probleme zu sprechen: Andernfalls müsse er "mit weiteren arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen".

Im vergangenen Jahr machte die Stiftung mit einem Twitter-Skandal Schlagzeilen

Nach dem Weggang von Cornelia Liebold schrieb der Förderverein Gedenkstätte Bautzen einen Brief an Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD), qua Amt Vorsitzende des Stiftungsrates. Der Verein wirft der Stiftungsleitung einen "strikten Kurs der Zentralisierung" vor, "verbunden mit kleinlichem Kontrollwahn". Kreativität und Eigeninitiative würden erstickt. Uwe Hirschfeld, Politik-Professor an der Evangelischen Hochschule in Dresden und Mitglied des Stiftungsbeirats, stellt fest: "Die Stiftung ist stark zentralistisch organisiert und auf den Geschäftsführer zugeschnitten, der willkürlich agieren kann." Fünf Gedenkstätten betreibt die Stiftung in direkter Trägerschaft. In Bautzen für die berüchtigte Stasi-Haftanstalt. In Torgau für die einstige Zentrale der NS-Militärjustiz. In Pirna-Sonnenstein für jene nationalsozialistische Ermordungsanstalt, in der Zehntausende psychisch kranke und geistig behinderte Menschen vom Naziregime umgebracht wurden. Das letzte Wort darüber, was an diesen Gedenkorten heute geschieht, hat die Dresdner Stiftungszentrale.

Man würde gern mit Siegfried Reiprich sprechen, dem Geschäftsführer. Ende November bittet die ZEIT um ein Interview. Zwei Wochen lang antwortet er gar nicht. Dann schreibt er, zwar "zu sachlichen Gesprächen" bereit zu sein, derzeit aber keine Zeit zu haben, er könne sich "nicht zerteilen". Auf abermaliges Bitten schickt er ein Gedicht zurück, *Von*

Leuten, die es überall gibt von Günter Kunert. Es sei eines seiner "Lieblingsgedichte".
Einen Terminvorschlag schickt er nicht.

Vieles, was rund um die Stiftung geschieht, ist erklärungsbedürftig. Erst recht seit Anfang November 2015. Da gerät sie erstmals seit Langem bundesweit in die Schlagzeilen. Aber nicht dank der Qualität ihrer wissenschaftlichen Arbeit.

Bert Pampel, stellvertretender Geschäftsführer, der zweite Mann hinter Reiprich, hatte über den Stiftungskanal getwittert. Er schrieb, öffentlich lesbar, den Satz: "Regierung, die sich nicht an Recht & Gesetz hält, trägt Mitschuld, wenn Bürger sich gg illegale Einwanderung wehren".

Ein Statement über den offiziellen Kanal einer vom Freistaat eingerichteten Stiftung, das die Flüchtlingspolitik infrage stellt und sich, zumal in Dresden, wie eine Rechtfertigung für Pegida liest ? Zeitungen in der ganzen Republik berichteten darüber. Wissenschaftsministerin Stange distanzierte sich öffentlich. Im Stiftungsrat, berichtet ein Teilnehmer, habe sie sich Reiprich vorgeknöpft. Das Ergebnis: Der Stiftungssaccount darf nicht mehr privat genutzt werden. Durfte er das vorher etwa? Von weiteren Konsequenzen ist nichts bekannt.

Wäre es nach dem Stiftungsrat gegangen, wäre gar nicht Reiprich, sondern der Historiker Christoph Meyer Geschäftsführer geworden. Der wurde vor acht Jahren mit absoluter Mehrheit gewählt, aber von der CDU-geführten Staatsregierung nicht berufen. Meyer, Biograf Herbert Wehners, ist Sozialdemokrat. Reiprich ist Mitglied der CDU. Meyer, inzwischen Professor an der Hochschule Mittweida, sagt, wenn man ihn heute fragt: "An meinem Fall sollte ein Exempel statuiert werden. Ziel war es, die Stiftung so auszurichten, dass DDR-Unrecht eindeutig im Vordergrund steht. Herr Reiprich steht als Person für diesen Ansatz." Das hieße im Klartext: Die Stiftung müsste DDR-Unrecht betonen und NS-Unrecht eher leidenschaftslos behandeln.

Tatsächlich gibt es manchen Historiker, der der Stiftung und Reiprich genau das vorwirft. Eigenmächtig machte der das Haus zum Mitglied der umstrittenen "Europäischen Plattform für Erinnern und Gewissen", die etwa von Opferverbänden immer wieder kritisiert wird, weil sie die Verbrechen kommunistischer Diktaturen in Osteuropa auf eine Stufe mit denen des NS-Regimes stelle. "Es gab dazu im Vorfeld keine Diskussionen in den Gremien", kritisiert Politikwissenschaftler und Beiratsmitglied Hirschfeld: "Erst im Nachgang hat der Stiftungsrat den Beitritt gebilligt."

Die Ausstellung "Spuren des Unrechts" reiht einfach die Diktaturen aneinander

Wie einseitig die Stiftung ihre Schwerpunkte setzt, lässt sich mit Zahlen belegen. Die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Landtag ergab, dass im vergangenen Jahr 85 Prozent der Projektgelder für die Themenbereiche "SBZ/DDR" ausgegeben wurden,

nur 15 Prozent hatten NS-Bezug. "Dieses Missverhältnis erstreckt sich schon über mehrere Jahre, ohne dass etwas dagegen unternommen würde", kritisiert Hirschfeld. Er unterstelle niemandem, die NS-Zeit verharmlosen zu wollen. "Aber auch wer nichts tut, trägt dafür die Verantwortung." Gerade weil völkische und rassistische Tendenzen heute wieder rapide zunehmen, sei es Aufgabe der Stiftung, historische Bezüge zur Gegenwart herzustellen. Die NS-Zeit müsse stärker in den Vordergrund rücken.

Nun gibt es in Sachsen nicht viele symbolträchtige Orte, die zeigen, wie aus nationalsozialistischer Ideologie Verbrechen wurden. Torgau könnte so ein Ort sein. Von 1943 an urteilte hier das Reichskriegsgericht. Das benachbarte Militärgefängnis Fort Zinna war das größte in Deutschland. Die NS-Militärjustiz ist für Torgau so prägend wie das Stasi-Gefängnis für Bautzen, doch anders als in Bautzen wird in Torgau für den Besucher genau das nicht deutlich. Der 94-jährige Ludwig Baumann hat sich als Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz viele Jahre lang für eine würdige NS-Ausstellung in Torgau eingesetzt.

Schon vor acht Jahren schrieb er in einem Brief, er habe die Hoffnung darauf aufgegeben. Nun ist er zu alt, um weiterzukämpfen. Eine angemessene Ausstellung zur NS-Zeit gibt es in Torgau immer noch nicht. Bis heute reiht die Ausstellung *Spuren des Unrechts* einfach die Unrechtsphasen der NS-Zeit, der sowjetischen Besatzung und der DDR aneinander. Seit fast 20 Jahren setzt sich Baumanns Verband dafür ein, das zu ändern.

Es gab Konzepte, Pläne, Beschlüsse. Es gab eine große Lösung und eine Zwischenlösung. Aber jede wurde verworfen. Passiert ist fast nichts. "Die innere Logik der NS-Militärjustiz erschließt sich nicht", kritisiert Rolf Surmann, der für die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz im Stiftungsbeirat sitzt. "Die Stiftung enthält dieser Opfergruppe ihr Recht auf würdige Erinnerung vor."

Ende Januar 2016, noch ein Versuch bei Siegfried Reiprich. Jetzt konfrontiert ihn die ZEIT mit den massiven Vorwürfen ehemaliger Mitarbeiter, Experten und politischer Beobachter. Nun, nach zwei Monaten, ist Reiprich doch zum Gespräch bereit, empfängt in der prächtigen Villa Rauchfuß, gleich neben dem Rektoratsgebäude der TU Dresden. Hier hat die Stiftung ihren Sitz.

Es weist Reiprich die Kritik an seinem Führungsstil vehement zurück. Dass Mitarbeiter nicht mit der Presse sprechen dürften, nicht mit Abgeordneten? Reiprich verweist auf Satzung und Geschäftsordnung, wonach Mitarbeiter nicht befugt seien, öffentliche Erklärungen abzugeben. Das heiße nicht, "dass sie nicht mit Journalisten sprechen dürfen, aber nur, dass sie es nicht hinter meinem Rücken besprechen dürfen".

Dass man sich Aufsätze für wissenschaftliche Publikationen von ihm vorab genehmigen lassen muss? Sei korrektes Vorgehen, sagt Reiprich. Ob es denn richtig sei, dass er als studierter Geophysiker über die Texte von Historikern urteile? "Ich hab ja Philosophie

studiert, das dürfen Sie bitte nicht vergessen", sagt Reiprich. Stimmt, zu DDR-Zeiten: marxistisch-leninistische Philosophie, wie er selbst erklärt.

Überhaupt, sagt Reiprich, entscheide er gemeinsam mit Stellvertreter Pampel, der Politikwissenschaftler sei. Auf den Einwand, auch Pampel sei kein Historiker, entgegnet Reiprich: "Nun wollen wir bitte mal nicht ins Schachteldenken verfallen."

Ein Gespräch mit Reiprich zu führen ist schwierig. Er unterbricht immer wieder. Er antwortet, bevor die Frage überhaupt gestellt ist. Der Vorwurf, sein Führungsstil werde bisweilen als diktatorisch empfunden, lässt ihn aus der Haut fahren, er wird aufbrausend. "Off the records", also nicht zitierfähig, überzieht er eine Mitarbeiterin der Stiftung, die er namentlich nennt, in drastischen Worten mit Vorwürfen. Der Hinweis des Reporters, gar nicht mit dieser Frau gesprochen zu haben, kann ihn nicht bremsen. Er wettet über "Kumpel-Seilschaften", die versuchten, ihn "mit einem großen Skandalisierungs-Bohai" einzuschüchtern. "Das lass ich mir aber nicht bieten", so Reiprich. Man ahnt da, wie es sich anfühlen muss, Ärger mit ihm zu haben. Man ist auch direkt froh, nicht sein Mitarbeiter zu sein. Er präsentiert sich auch im Gespräch mit Journalisten so, wie Mitarbeiter es beklagen: Sie kritisieren, dass er gegenüber Dritten mitunter herabwürdigend über Angestellte spreche, zum Beispiel im Stiftungsbeirat. Der Personalrat wertet das als eklatante Verletzung der Fürsorgepflicht für seine Mitarbeiter und wirft ihm vor, gegen Datenschutzbestimmungen zu verstoßen. Auch vor Journalisten ficht ihn das nicht an.

Kritikern spricht Reiprich sowieso die Legitimation ab, ihn zu kritisieren. Der Förderverein Gedenkstätte Bautzen etwa sei gar nicht der richtige Förderverein, das sei vielmehr das Bautzen-Komitee. Der renommierte Professor und DDR-Forscher Manfred Wilke, der ihn im Brief an die Ministerin heftig kritisiert hatte, komme ihm vor "wie ein linksradikaler Intrigant aus den siebziger Jahren". Der demokratisch gewählte Personalrat? Vertritt nicht die Belegschaft, so Reiprich. Er werde alles dafür tun, einen "anständigen, ordentlichen Personalrat zu bekommen, der alle Mitarbeiter repräsentiert". Das ist schon ein abenteuerliches Verständnis von Demokratie innerhalb einer Stiftung.

"Lügenpresse"? Hätten, so Reiprich, auch linke "Radikalinskis" schon gerufen

Der Streit mit Personalversammlung und Personalrat schwelt seit dem öffentlichen Pegida-Flirt von Reiprichs Stellvertreter Pampel auf Twitter. Die Gremien hatten ihn per Mehrheitsbeschluss aufgefordert, sich inhaltlich von Pampels Tweet zu distanzieren. Eine inakzeptable Forderung, findet Reiprich. Etliche Mitarbeiter hätten gar nicht abgestimmt. Nicht der Missbrauch der Stiftung pro Pegida regt Reiprich auf, sondern dass ihm dazu eine Haltung abgenötigt werden soll. Um die ringt er bis heute. Zwar distanziert er sich nunmehr formal, aber was er sagt, bleibt vage und ausweichend. Pegida, AfD und NPD dürfe man nicht gleichsetzen, auch wenn es bei Pegida durchaus Menschen "mit einer gewissen geistigen Verwirrung" gebe, denen er "rechtsradikale Empfindungen" attestiere. Aber hat man ihn denn gebeten, Pegida, AfD und NPD gleichzusetzen? Und überhaupt, jetzt legt

er richtig los. Von "Lügenpresse" habe nicht nur Goebbels gesprochen. "Lügenpresse habe ich noch bei den friedensbewegten Radikalinskis des autonomen Blocks nach meinem Rausschmiss aus der DDR in Westberlin erlebt", sagt Reiprich, der in den Achtzigern als DDR-Widerständler ausgebürgert worden war. Nachfrage: "Lügenpresse" ist für ihn kein Rechtsaußen-Jargon? "Na ja, wissen Sie, da lesen Sie mal, was Adorno oder Horkheimer oder Sloterdijk oder Habermas über den Linksfaschismus gesagt haben", schimpft Reiprich.

Eine einseitige Ausrichtung der Stiftung kann Reiprich nicht erkennen. Die Vergabe der Projektgelder erklärt er damit, dass die Stiftung nur bewilligen könne, was auch beantragt werde. Was in gewisser Weise zynisch ist: Viele NS-Opfer sind mittlerweile verstorben. Opferverbände mit DDR-Bezug sind aktiver. Experten fordern, gerade deshalb müsse die Stiftung eigene NS-Projekte entwickeln, vorhandene von sich aus besser ausstatten.

Zumindest räumt Reiprich ein, dass der Stand in Sachen Torgauer NS-Ausstellung "suboptimal" sei. Vor einem Jahr sei eine "kleine Lösung" beschlossen worden, aber ein geplanter Workshop im Herbst habe krankheitsbedingt ausfallen müssen. Der solle nun nachgeholt werden.

Die Wahrheit ist: So geht das seit Jahren. In Bautzen, wo es fast gar nicht um das dort geschehene NS-Unrecht geht, sind die Probleme dieselben. Reiprich verweist auf Haushaltsprobleme, also das knappe Budget der Stiftung. Nunmehr aber sei die Eröffnung der Ausstellung *Bautzen I und II im Nationalsozialismus. 1933–1945*, der fortan dritten Dauerausstellung in der Gedenkstätte, für Januar 2017 geplant. Ministerin Stange hat den Opferverbänden versichert, das Geld sei da. "Vonseiten der Stiftung passiert trotzdem nichts", kritisiert Regina Elsner, Erste Sprecherin des NS-Opferverbandes VVN-BdA in Sachsen. Auch ihre Geduld ist aufgebraucht. "Die Stiftung verschleppt die NS-Aufarbeitung in Bautzen genauso wie in Torgau. Wir werden nicht eingebunden, kommen keinen Schritt weiter. Die NS-Opferverbände sind sich in ihrer Kritik an der Stiftungsleitung einig. Die Zeit vor 1945 wird nicht angemessen berücksichtigt, die Zeit nach 1945 dagegen einseitig betont."

"Er ist ein Sonnenkönig", sagt sein früherer Stellvertreter in der Stiftung

Historische Parallelen zur Gegenwart – zu neuen Bedrohungen von rechts außen – bleiben so unscharf. "Jugendliche werden heute wieder mit Parolen angesprochen, die schon die Nazis benutzt haben", sagt Elsner. "Nur wenn wir uns erinnern, lässt sich verhindern, dass es wieder passiert."

Aber die Stiftung ist ja mit sich selbst beschäftigt. Konflikte schwelen, eskalieren, enden vor Gericht. Wissenschaftsministerin Stange sei genervt, heißt es, lässt auf Anfrage durch einen Sprecher aber nur mitteilen, der Geschäftsführer sei "vollumfänglich für die gerichtliche Vertretung, für die Öffentlichkeit und die Beschäftigten verantwortlich". Als Vorsitzende des Stiftungsrats obliege es ihr nicht, "in diese Kompetenzen einzugreifen". Erst 2014 wurde Reiprich von der Staatsregierung für weitere sieben Jahre im Amt

bestätigt. Sein früherer Stellvertreter Klaus-Dieter Müller hat gerade in der *Dresdner Morgenpost* über Reiprich gesagt: "Er ist ein Sonnenkönig. 80 Prozent in der Stiftung sind gegen ihn." Der Druck auf die Ministerin, zu handeln, wird größer.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2016/07/saechsische-gedenkstaetten-diktatur-opfer-siegfried-reiprich>